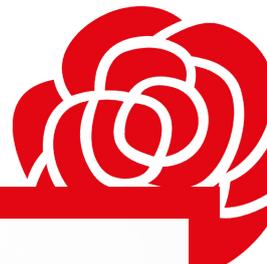


MICHAEL SCHRODI

INFO-BRIEF IM MAI 2022



SPD Soziale
Politik für
Dich.



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

noch Mitte Februar hatte es kaum jemand für möglich gehalten, doch es wurde grausame Realität: Wladimir Putin hat die Ukraine überfallen und damit die europäische Nachkriegsfriedensordnung zerstört. Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg stellt Europa und Deutschland auf eine harte Probe. Wir müssen geschlossen auftreten, um den russischen Aggressor in die Schranken zu weisen. Weil dies nun auch Waffenlieferungen an die Ukraine beinhaltet, stellt dieser Angriffskrieg auch für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nichts Geringeres als eine Zäsur dar.

Wir haben es hier mit einem Konflikt mit einer Atommacht und einer der größten Armeen der Welt zu tun. Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen und wir tun alles, was dafür nötig ist.

Unser Bundeskanzler Olaf Scholz hat jedoch auch klar formuliert, was die Prämissen für all unsere Entscheidungen sind: Deutschland darf keine Kriegspartei werden, die NATO darf nicht involviert werden und ein neuer Weltkrieg muss unter allen Umständen verhindert werden. Vor diesem Hintergrund geht es darum, besonnen und in Abstimmung mit unseren Partnern alle Schritte abzuwägen und Alleingänge zu vermeiden. Das ist bedeutsamer, als in möglichst vielen Talkshows des Landes zu sitzen. Deshalb unterstütze den Kurs, den unser Bundeskanzler seit Kriegsbeginn eingeschlagen hat. Das Feedback, das ich vor Ort bekomme, bestätigt mich darin: Viele wertschätzen das besonnene Handeln unseres Kanzlers.

Die Folgen des Krieges bei uns zu Hause

Vor welche Herausforderungen uns der Krieg konkret vor Ort stellt, habe ich zum Beispiel bei einem Besuch in der Grundschule meiner Kinder festgestellt: Rektorin Cathrin Theis und die Kreisvorsitzende des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands (BLLV), Iris Gotzig, erklärten mir anschaulich, dass für ukrainische Lehrerinnen die bürokratischen Mühlen recht langsam mahlen - die ukrainischen Schüler seien aber nun einmal schon da. Solche Hindernisse in der Integration Geflüchteter treffen Landkreise in Oberbayern besonders hart, die freiwillig mehr Geflüchtete als durch den Verteilerschlüssel vorgesehen aufnehmen. Diese Bereitschaft sollte jedoch tunlichst nicht in Frust münden!

Die schnelle und unbürokratische Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine ist wichtig. Es darf aber nicht zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft unter Geflüchteten kommen. Der besondere Status, der ukrainischen Geflüchteten ohne Asylverfahren eine Aufenthaltserlaubnis zum vorübergehenden Schutz gewährt, darf nicht zu einer Ungleichbehandlung anderer Geflüchteter führen. Leider werden solche Befürchtungen durch Aussagen wie jene von Gudrun Brendel-Fischer (CSU) bestätigt. Sie sagte: "Ukrainischen Geflüchteten muss nicht erklärt werden, wie eine Waschmaschine funktioniert, oder dass auf dem Zimmerboden nicht gekocht werden darf." Vielmehr sollten ukrainische Flüchtlinge schnellstmöglich Zugang zu Sprachkursen bekommen.

Die BayernSPD verurteilt die rassistischen Aussagen der CSU-Integrationsbeauftragten.

[MEHR...](#)



Wenn selbst die Integrationsbeauftragte ein diskriminierendes, von rassistischen Vorurteilen geprägtes Bild von nichteuropäischen Flüchtlingen teilt, wie will die bayerische Staatsregierung dann eigentlich einen fairen Umgang mit ihnen gewährleisten?

Herausforderung Energiesicherheit

Mit dem 24. Februar endete eine Ära des Friedens und der Stabilität, unter anderem sichergestellt durch wirtschaftliche Kooperation. Wir sehen uns gezwungen Abhängigkeiten schnell abzubauen, vor allem im Energiesektor. Alle Bürgerinnen und Bürger spüren die Belastungen durch die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise. Die Bundesregierung hat deshalb schon zahlreiche Entlastungsmaßnahmen auf den Weg gebracht.

Für den Zusammenhalt unser Gesellschaft ist es sehr wichtig, dass wir die Nöte von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen im Blick haben.

Denn wenn die steigenden Energiepreise die Inflation befeuern, dann trifft das Bürgerinnen und Bürger bis in die Mitte der Gesellschaft hart. Der Grund: Bei Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entfällt ein höherer Anteil ihres Einkommens auf Ausgaben wie Heizkosten, Mobilität und Lebensmittel. Zum anderen haben sie oft keinen oder wenig finanziellen Spielraum, um die zusätzlichen Kosten aufzufangen. In den vergangenen Wochen haben wir deshalb zwei Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von über 30 Milliarden Euro beschlossen. Der größte Teil davon steckt im Steuerentlastungsgesetz, das ich als zuständiger Berichterstatter mitverantwortet habe und wir in dieser Woche beschließen. Mit dem Steuerentlastungsgesetz werden die von der Bundesregierung im Bereich der Einkommensteuer beschlossenen Maßnahmen zum Ausgleich der drastisch gestiegenen Energiepreise umgesetzt. Der Gesetzentwurf sieht die Anhebung des Grundfreibetrags, des Arbeitnehmer-Pauschbetrags und das Vorziehen der befristeten Anhebung der Entfernungspauschale für Fernpendler auf 38 Cent ab dem 21. Entfernungskilometer vor. Zusätzlich haben wir uns auf eine Energiepreispauschale und einen Kinderbonus in Höhe von 100 Euro geeinigt. Mit der Energiepreispauschale über 300 Euro entlasten wir einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige.

Zu der früh auf den Weg gebrachten Hilfe gehört auch der einmalige Heizkostenzuschuss für WohngeldempfängerInnen, BezieherInnen von BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe. Für Ein-Personen-Haushalte haben wir diesen auch schnell auf 270 Euro verdoppelt. Wir schaffen die EEG-Umlage schon zum 1. Juli 2022 ab, damit tritt die Entlastung ein halbes Jahr früher in Kraft. Wir werden einen einmaligen Zuschuss über 100 Euro an Menschen ausbezahlen, die Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen erhalten.

[Hier geht's zu meiner Rede im Plenum dazu.](#)



**Familien profitieren
mit 100 € Kinderbonus
von der Energiepreispauschale**

Selbständige erhalten einen Vorschuss über eine einmalige Senkung ihrer Einkommensteuer-Vorauszahlung. Wer ein kleines Einkommen hat, bekommt dabei mehr, hohe Einkommen weniger.

In Krisenzeiten darf der Klimaschutz nicht zu kurz kommen, zumal sich Einsparungen und Modernisierungen auch gar nicht ausschließen.

So sollen Mieter nur noch maximal die Hälfte der Kosten für den CO₂-Preis beim Heizen zahlen – das ist einer von vielen Anreizen, Vermieter dazu zu bewegen, in energetische Sanierung von Gebäuden zu investieren. Klimapolitisch sinnvoll ist auch, dass Pendler, die den ÖPNV nutzen, vom neuen Energiepaket der Bundesregierung profitieren: Sie können für 90 Tage die ÖPNV-Flatrate nutzen, die 9 Euro pro Monat kostet.



Übrigens: In der Energiepolitik zeigt sich gerade sehr deutlich, wie sich der bayerische Ministerpräsident, im krassen Kontrast zum Bundeskanzler, verantwortungsvolle Politik vorstellt: viel reden, wenig umsetzen. Der vermeintliche Sinneswandel bezüglich der 10H-Regel für Windräder ist nichts als Etikettenschwindel: Nun sollen entlang von Autobahnen und Industriegebieten vermehrt Windkraftanlagen gebaut werden können. Das schafft jedoch kein ausreichendes Ausbaupotenzial und ändert nichts daran, dass die 10-H-Regel auf vielen anderen geeigneten Flächen weiterhin den Ausbau verhindert. Söder hat kein Interesse an langfristigen, durchdachten Konzepten, sondern allein an kurzfristigen Umfragewerten. Gerade in Sachen Windrädern wurden in Bayern schon öfter Luftnummern produziert.

Wir müssen dafür sorgen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern schneller vorankommt als von Söder geplant.

Happy Birthday Vermögenssteuer!

Eines der wichtigsten Ziele, das ich mir mittelfristig gesetzt habe, ist die faire Besteuerung höchsten Vermögen. Die Vermögenssteuer, die gerade 100 Jahre alt geworden ist, liegt aber seit 25 Jahren auf Eis. Wie ich zusammen mit Norbert Walter-Borjans in einem [Gastbeitrag](#) in der Frankfurter Rundschau dargestellt habe, wäre es komplett aus der Zeit gefallen, die Vermögendsten außen vor zu lassen wenn es darum geht, dringend nötige Weichenstellungen vorzunehmen. Nicht nur, weil uns die aktuellen Krisen finanziell stark fordern, sondern auch aus Gründen des sozialen Friedens: Allein im Coronajahr 2020 wuchs das Vermögen der 136 deutschen Milliardäre um 100 Milliarden Euro, während gleichzeitig Millionen Menschen oft nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen. Dieses Ziel durchsetzen zu wollen, bedeutet einen langwierigen Kampf gegen eine gut organisierte Lobby, die den Status Quo wahren will.



Für's Geburtstagsvideo einfach
aufs Bild klicken...



Gründungsfeier der Bundestagslöwen

Gemäß dem Motto „Versprochen – gehalten“ freut es mich, dass ich die im letzten Newsletter angekündigte Überraschung nach langem Warten endlich umsetzen konnte. Nun war der TSV 1860 München für mich immer eine sportliche Heimat, die Spiele besuche ich regelmäßig. Darüber hinaus handelt es sich um einen Verein, der sich immer wieder für soziale Belange engagiert und Zeichen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung setzt.

Deshalb freut es mich, dass wir am 14. März den ersten 1860-Bundestags-Fanklub, die Bundestagslöwen, gründen konnten. Zur ersten Sitzung gaben sich auch Präsident Robert Reisinger und Vizepräsident Hans Sitzberger die Ehre. Es erfüllt mich auch mit einem gewissen Löwenstolz, dass



Vertreterinnen und Vertreter aller im Bundestag vertretenen, demokratisch gesinnten Parteien zu den Gründungsmitgliedern gehören. Ich war selbst noch einmal überrascht, wo sich überall Löwen-Fans verstecken, selbst in Hessen und in Norddeutschland haben wir

Mitglieder gewinnen können. Als besonderes Schmeckel und für die Löwenfans unter euch hier noch ein [Link](#) zu einem Podcast des **LÖWEN MAGAZIN**, bei dem ich Gast am virtuellen Stammtisch sein durfte. Einmal Löwe - immer Löwe!

TERMINE

Auch wenn in Sachen Corona-Infektionen weiter Vorsicht geboten ist, sind Präsenzveranstaltungen wieder erlaubt. Ich freue mich sehr, dass der OV Ismaning und die SPD München Land mich eingeladen haben zu einem

BERICHT AUS BERLIN

am Dienstag, den 24. Mai, um 19 Uhr im Bürgersaal, Erich-Zeitler-Str. 5 in Ismaning. Es gilt 3G.

Ich finde, es gibt viel zu besprechen - Ukraine, Sondervermögen, Energiepreispause und vieles mehr. Dazu möchte ich berichten und mit euch diskutieren und selbstverständlich eure Fragen beantworten. Es wird mir eine Freude sein, euch persönlich zu sehen und kennenzulernen!

Freundschaftliche Grüße,

A handwritten signature in blue ink that reads 'Michael Schrodli'.

Michael Schrodli, MdB, Wahlkreisbüro, Ilzweg 1, 82140 Olching,
Telefon: 08142 5010589 Mail: michael.schrodli.wk@bundestag.de



SPD Soziale
Politik für
Dich.